

Absender:

**Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt**

**19-11634**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Mieten fressen immer mehr vom Lohn**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

04.09.2019

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

Status

17.09.2019

Ö

**Sachverhalt:**

Im August wurde der "Teihabeatlas Deutschland" vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung veröffentlicht. Im Wesentlichen geht diese Studie der Frage nach, wie es um die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe in den untersuchten Kommunen bestellt ist. Dazu wurden umfangreiche Erhebungen zu 15 Städten und Landkreisen durchgeführt. Eine der untersuchten Städte ist Braunschweig. Die Grundaussage der Untersuchung ist für Braunschweig durchaus positiv. Braunschweig ist die "Überschaubare Großstadt der kurzen Wege" mit hervorragenden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Nur ein zentrales Problem wurde festgestellt: Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

In diesem Zusammenhang wurde auch verglichen, wie sich zwischen 2005 - 2016 das verfügbare Einkommen der Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Angebotsmieten entwickelt haben. Für Braunschweig wurde festgestellt, dass sich die Einkommen um knapp 20% in diesem Zeitraum erhöht haben. Dies ist ungefähr ein durchschnittlicher Wert der untersuchten Kommunen. Ganz anders sieht es bei den Angebotsmieten aus. Die Steigerung um fast 50% ist der höchste gemessene Wert. Selbst für Großstädte wie Hamburg, Stuttgart oder Dresden wurden geringere Steigerungsraten ermittelt. Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Reduzierung des verfügbaren Einkommens durch Steigerungen bei der Angebotsmiete in keiner anderen untersuchten Kommune so groß ist wie in Braunschweig.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

1. Wie bewertet die Verwaltung die Aussage zu Einkommensentwicklung und Mietsteigerungen in Braunschweig?
2. Welche Möglichkeiten wurden von der Verwaltung in der Vergangenheit genutzt, um Erkenntnisse über Mietsteigerungen und Einkommensentwicklungen zu erhalten und Gegenmaßnahmen zu ergreifen?
3. Welche weiteren Maßnahmen plant die Verwaltung, um zukünftig ein angemessenes Verhältnis zwischen Mieten und Lohntwicklung zu erreichen?

**Anlagen:** keine